
Wie der Kapitalismus die Demokratie umbringt

Robert B. Reich

Eigentlich sollten freie Märkte zu freien Gesellschaften führen. Statt dessen untergräbt die überhitzte globalisierte Wirtschaft heute weltweit die demokratischen Befugnisse des Volkes. Und so finden wir uns heute in einer Welt, in der die Summe unter dem Strich über das Allgemeinwohl triumphiert und die Regierung vor den Konzernen zurückweicht.

Zunächst erwartete man gleichsam eine perfekte Hochzeit. Kapitalismus und Demokratie, so versicherte man uns stets, seien die beiden Säulen, die der Welt den Weg zu beispiellosem Wohlstand und Freiheit weisen würden. In den letzten Jahrzehnten haben diese Zwillinge einen gemeinsamen Aufstieg erlebt. Jetzt triumphiert der weltweite Kapitalismus in fast jeder Hinsicht. Die meisten Staaten der Welt sind heute Teil eines einzigen, integrierten und auf Hochtouren laufenden Weltmarktes. Die Demokratie erlebte eine ähnliche Renaissance. Vor drei Jahrzehnten gab es in einem Drittel der Länder dieser Erde freie Wahlen; heute ist das in fast zwei Dritteln der Länder der Fall. Die allgemeine Meinung besagt, daß dort, wo entweder der Kapitalismus oder die Demokratie blühen, das jeweils andere folgen müsse. Jedenfalls beginnen sich jetzt ihre Wege zu trennen. Der Kapitalismus, der uns lange als das *Yin* zum *Yang* der Demokratie eingeredet wurde, blüht prächtig, während die Demokratie nur mit Mühe Schritt hält. China, das dieses Jahr daran geht, zum drittgrößten kapitalistischen Land nach den Vereinigten Staaten und Japan aufzusteigen, hat die freie Marktwirtschaft eingeführt, nicht aber die politische Freiheit. Viele wirtschaftlich erfolgreiche Länder – von Rußland bis Mexiko – sind nur dem Namen nach demokratisch. Sie werden von den gleichen Problemen heimgesucht, welche die amerikanische Demokratie in den letzten Jahren behinderten; Länder, in denen die von den durch überwältigende wirtschaftliche Erfolge angespornten Konzerne und Eliten in der Lage waren, die staatlich gewährleisteten sozialen Möglichkeiten der Bevölkerung zu untergraben. Selbstverständlich bedeutet Demokratie mehr als die Abhaltung freier und fairer Wahlen. Es ist ein System, um das zu verwirklichen, was nur durch das gemeinsame Wirken der Menschen im Interesse des Allgemeinwohls erreicht wer-

den kann. Obwohl die freie Marktwirtschaft vielen beispiellosen Wohlstand bescherte, so war sie doch für viele begleitet vom Auseinanderlaufen von Einkommen und Wohlstand, von mehr Unsicherheit am Arbeitsplatz, sowie von Umweltschäden, wie etwa der globalen Erwärmung. Die Demokratie soll es den Menschen ermöglichen, sich mit diesen Grundfragen auf konstruktive Weise zu befassen. Trotzdem ist unter den Menschen in Europa, Japan und in den Vereinigten Staaten das Gefühl der politischen Machtlosigkeit im Zunehmen, obwohl Konsumenten und Investoren meinen, über mehr Einfluß zu verfügen. Heute ist also kein demokratischer Staat in der Lage, wirksam mit den negativen Auswirkungen des Kapitalismus fertig zu werden.

Verteilung des Kuchens keine Aufgabe des Markts

Diese Tatsache ist jedoch nicht auf ein Versagen des Kapitalismus zurückzuführen. Im Laufe der weltweiten Verbreitung dieser beiden Faktoren haben wir ihre Zuständigkeit verwischt, sehr zum Nachteil unserer demokratischen Pflichten. Die Aufgabe des Kapitalismus ist die Mehrung des wirtschaftlichen Kuchens, und nichts anderes. Und während der Kapitalismus inzwischen bemerkenswert schnell auf die Wünsche der einzelnen Konsumenten reagiert, haben die Demokratien große Mühe, ihre eigentlichen grundsätzlichen Aufgaben zu erfüllen: das Allgemeinwohl zu artikulieren und dahin zu wirken, daß die Gesellschaft sowohl Wachstum als auch Gerechtigkeit verwirklichen können. Die Demokratie im besten Sinne des Wortes versetzt die Menschen in die Lage, gemeinsam darüber zu diskutieren, wie die Stücke des Kuchens verteilt werden sollen, und festzulegen, welche Regeln für das Privateigentum beziehungsweise für das öffentliche Eigentum gelten sollen. Heute wird diese Aufgabe in zunehmendem Maße dem Markt überlassen. Dringend notwendig wäre indessen eine klare Definition der Grenzen zwischen dem globalen Kapitalismus – zwischen den wirtschaftlichen Spielregeln auf der einen Seite, und den ihm auferlegten Regeln auf der anderen. Wenn der Kapitalismus danach strebt, es den Unternehmen zu ermöglichen, die Marktkräfte so energisch wie möglich zu nutzen, so ist es die Aufgabe der Menschen, dafür zu sorgen, daß diese Wirtschaftsunternehmen nicht länger die Regeln bestimmen, nach denen wir leben.

Der Preis des Wirtschaftslebens

Die meisten Menschen kennen zwei Standpunkte: als Konsumenten und Investoren erhoffen wir von seiten der Weltwirtschaft günstige Angebote und hohe Gewinne. Als Konsumenten und Investoren mögen wir die vielen Vorzüge und hohen Gewinne schätzen, die uns die globale Wirtschaft bietet, aber als Bürger schätzen wir die Konsequenzen dieser Transaktionen keineswegs. Wir pflegen für diese Mißstände die Unternehmen verantwortlich zu machen, aber in Wirklichkeit haben wir dieses Übereinkommen mit uns selber geschlossen. Schließlich kennen wir sehr wohl die Wurzeln des von uns akzeptierten großen wirtschaftlichen Nutzens. Das sind die Arbeiter, die gezwungen sind, niedrigere Löhne und Sozialleistungen zu akzeptieren. Das sind die Unternehmen, die ihre Treue zu ihren jeweiligen Standorten aufgegeben haben und in weltweiten Verteilernetzen aufgegangen sind. Das sind die leitenden Manager, die enorme Bezüge genießen. Und das sind ganze Industriezweige, welche die Umwelt verwüsten.

In den Vereinigten Staaten spielt sich die Diskussion über wirtschaftliche Veränderungen leider weitgehend zwischen zwei extremen Lagern ab: jenen, die für die unbehinderte Herrschaft des Marktes eintreten, und jenen, welche die Arbeitsplätze schützen und die Gemeinden in ihrem jeweiligen Zustand erhalten wollen. Statt Mittel und Wege zu suchen, um die von der Globalisierung angerichteten Schäden zu mildern, die Verlierer zu entschädigen oder das Tempo der Veränderungen zu verlangsamen, ziehen wir in die Schlacht. Konsumenten und Investoren obsiegen fast immer, und manchmal schlagen die Menschen sozusagen symbolisch zurück, indem sie ein neues Handelsabkommen zu verhindern suchen oder gegen den Verkauf heimischer Unternehmen an ausländische Firmen protestieren. Ein Zeichen des inneren Konflikts, wie ihn die Amerikaner wahrnehmen – den Konflikt zwischen dem Konsumenten in uns und dem Staatsbürger in uns – ist der Umstand, daß die Reaktionen oft schizophren sind.

Derartige widersprüchliche Gefühle sind jedoch nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Die kürzlich erfolgte große Zahl von Umstrukturierungen von Großunternehmen in Europa hat das für Europa charakteristische Bekenntnis zur Sicherheit der Arbeitsplätze und des Sozialsystems erschüttert. Die Europäer sind sich daher uneins, ob sie den privaten Nutzen des weltweiten Kapitalismus angesichts der wachsenden Sozialausgaben im In- und Ausland bevorzugen sollten. Man betrachte, beispielsweise, die Autoindustrie. Im Jahre 2001 sah sich Daimler-Chrysler mit wachsenden Verlusten konfrontiert, als europäische Autokäufer dem Unternehmen zugunsten der billigeren Konkurrenz den Rücken kehrten. Dementsprechend entließ Generaldirektor Dieter Zetsche weltweit 26.000 Mitarbeiter und schloß sechs Werke. Auch gewinnbringende Unternehmen spüren vermehrt den Druck zu mehr Effizienz. Im Jahre 2005 verkündete die Deutsche Bank eine Zunahme des Nettogewinns um 87 Prozent und gleichzeitig den Abbau von 6400 Jobs, fast die Hälfte davon in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Anschließend wurden 1200 Jobs in Niedriglohnländer ausgelagert. Den europäischen Konsumenten und Investoren geht es heute besser als je zuvor, sogar in jenen Sozialdemokratien, die gegründet wurden, um den Ungerechtigkeiten des Marktes entgegenzutreten. Angesichts solcher massiver Veränderungen wird deutlich, daß die europäischen Demokratien so stark paralysiert sind, daß die Menschen ihren Widerstand nur noch in Form routinemäßiger Boykotts und Streiks äußern.

Konträrbeispiele Japan und China

In Japan haben viele Unternehmen die lebenslange Beschäftigung abgeschafft, die Zahl der Beschäftigten reduziert und unrentable Produktionszweige geschlossen. Nur wenige Monate, nachdem Howard Springer zum ersten nichtjapanischen Generaldirektor von Sony bestellt worden war, gab er bekannt, daß das Unternehmen 10.000 Beschäftigte, etwa sieben Prozent aller Mitarbeiter, abbauen werde. Sicherlich profitieren manche japanische Konsumenten und Investoren von derartigen Umstrukturierungen eines Unternehmens: im Jahre 2006 hatte der japanische Aktienmarkt den höchsten Stand seit vierzehn Jahren erreicht, aber viele japanische Arbeitskräfte hatten ihre Jobs verloren. Ein Land, das einmal stolz drauf gewesen war, »ausschließlich mittelständisch zu sein«, zeigt heute krasse Unterschiede hinsichtlich Einkommen und Wohlstand. In den Jahren 1999 bis 2005 verdoppelte sich die Zahl der japanischen Haushalte ohne Ersparnisse von zwölf auf vierundzwanzig Prozent. Dort zeigt sich

bei den Menschen eine allgemeine Hoffnungslosigkeit. So wie viele andere freie Länder dieser Erde praktiziert Japan den globalen Kapitalismus, aber im Rahmen einer Demokratie, die zu schwach ist, um die vielen durch die freien Markt hervorgerufenen sozialen Benachteiligungen zu bewältigen.

Am anderen Ende des politischen Spektrums befindet sich China, das den Kapitalismus ohne jegliche Demokratie errichtet. Das sind gute Nachrichten für Leute, die in China investieren, aber die damit verbundene sozialpolitische Benachteiligung der Bevölkerung dieses Landes nimmt zu. Die Einkommensunterschiede haben enorm zugenommen. Chinas neue Wirtschaftselite haust in Prachtvillen in streng bewachten modernen Wohnanlagen in den Vororten. Ihre Kinder senden sie zum Studium ins Ausland. Gleichzeitig platzen die chinesischen Städte unter dem Zustrom von Landbewohnern, die dort in Armut und Arbeitslosigkeit verkommen, aus allen Nähten. Die davon am meisten Betroffenen haben – außer Demonstrationen, die routinemäßig gewaltsam niedergeschlagen werden – kaum politische Möglichkeiten, ihre Lage zu verbessern.

Indessen unterliegen die in demokratischen Ländern lebenden Menschen keinen derartigen Einschränkungen. Sie haben die Macht, die Spielregeln zu ändern, damit der Preis für die Gesellschaft nicht so hoch sein müsse. Trotzdem haben wir diese Verantwortung in zunehmendem Maße dem Privatsektor überlassen – den Unternehmen selber, und ihren Scharen von Lobbyisten und Experten für Öffentlichkeitsarbeit – und tun so, als ob irgendeine inhärente Ethik oder ein firmeneigenes staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl sie veranlassen würde, sich für den allgemeinen Wohlstand einzusetzen. Indessen ist es nicht ihre Aufgabe, sich aus eigenem um Ungleichheit oder den Umweltschutz zu kümmern. Wir vergessen, daß es schlicht und einfach ihre Pflicht ist, sich um das zu kümmern, was unter dem Strich steht.

Die Spielregeln

Warum hat sich der Kapitalismus durchgesetzt, während die Demokratie immer schwächer wurde? Die Demokratie ist weitgehend deshalb so schwach geworden, weil die Wirtschaftsunternehmen angesichts des immer stärkeren weltweiten Wettbewerbs um Konsumenten und Investoren immer größere Summen für Lobbyisten und Öffentlichkeitsarbeit investieren, ja sogar mit Bestechung und Schmiergeldzahlungen agieren, um Gesetze zu erwirken, die ihnen gegenüber der Konkurrenz einen Vorteil verschaffen. Das Ergebnis ist ein Wettrennen um politischen Einfluß, das die Stimmen der einfachen Bürger überrollt. Beispielsweise in den Vereinigten Staaten geht es bei den scharfen Auseinandersetzungen im Kongreß, die den Mitarbeiterstab Wochen und Monate hindurch in Anspruch nehmen, vorwiegend um Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Unternehmen oder Industrien. Während Wirtschaftsunternehmen in zunehmendem Maße ihre eigenen Spielregeln bestimmen, mutet man ihnen aber auch eine Art gesellschaftlicher Verantwortung oder sozialer Ethik zu. Politiker loben Firmen, die »verantwortungsbewußt« handeln, oder verurteilen sie, weil sie das nicht tun. Allerdings ist es der Zweck des Kapitalismus, den Konsumenten und Investoren Vorteile zu verschaffen. Die Firmenleitungen sind von niemandem bevollmächtigt, schon gar nicht von ihren Investoren, die Gewinne im Sinne des Allgemeinwohls zu nutzen. Auch sind sie keineswegs qualifiziert, solche ethische Überlegungen anzustellen. Die Demokratie hat als Interessenvertretung der

Öffentlichkeit die entsprechenden Richtlinien zu schaffen. Die Auffassung, daß es sich bei Unternehmen um ethisch fundierte Gebilde mit sozialpolitischer Verantwortlichkeit handle, lenkt die öffentliche Meinung davon ab, daß es in erster Linie ihre Sache ist, die erforderlichen Gesetze und Regeln zu schaffen.

Wohltätigkeit von Unternehmen ist Werbung

Ähnliches gilt auch für das, was Firmen als Wohltätigkeit herausstellen. Im Rahmen der heutigen intensiv konkurrenzbestimmten Form des globalen Kapitalismus, spenden Firmen nur insoweit Geld für gute Zwecke, als diese Spende geeignet ist, die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen und damit die Gewinnlage zu verbessern. Allerdings investieren Aktionäre ihr Geld nicht in der Erwartung in Firmen, daß diese das Geld für wohltätige Zwecke ausgeben. Sie investieren in der Erwartung auf hohe Renditen. Aktionäre, die Wohltätigkeit praktizieren wollen, werden vermutlich selber entscheiden, welcher Wohltätigkeitsinstitution sie Spenden in welchem Umfang zukommen lassen. Weitaus größer ist die Gefahr, daß von Wirtschaftsunternehmen getätigte, auffallende Wohltätigkeitsaktionen die Öffentlichkeit zur Auffassung verleiten könnten, Wirtschaftsunternehmen hätten karitative Aspekte, auf die man sich nötigenfalls stützen könne.

So zu tun, als ob der wirtschaftliche Erfolg ein Unternehmen zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben verpflichte, lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit davon ab, daß eigentlich die Demokratie für die Erstellung der Spielregeln und damit den Schutz des Gemeinwohls zuständig ist. Der einzige Weg, auf dem der Bürger den Konsumenten in sich überwinden kann, ist die Schaffung von Gesetzen und Verhaltensregeln, durch die seine Kauf- und Investitionsentscheidungen sowohl persönliche als auch gesellschaftsrelevante Entscheidungen sind. Eine Änderung der Arbeitsgesetze, die den Beschäftigten die Selbstorganisation und das Aushandeln besserer Bedingungen erleichtert, könnte zu höheren Preisen von Waren und Dienstleistungen führen. Dem Konsumenten als solchen wird dergleichen nicht gefallen, aber der Bürger als solcher könnte das sehr wohl als fairen Preis erachten. Eine geringfügige Besteuerung von Aktientransaktionen könnte die Kapitalbewegungen ein wenig verlangsamen, und damit den Gemeinden etwas mehr Zeit für die Anpassung an geänderte Bedingungen verschaffen. Die Verzinsung meines Pensionsfonds mag ein wenig sinken, aber für mich als Bürger sollte das ein akzeptabler Preis sein. Eine verstärkte Arbeitslosenversicherung sollte, zusammen mit gesicherten Löhnen und beruflicher Weiterbildung, die schmerzlichen Erfahrungen jener Arbeitnehmer mildern, die von den kalten Winden der Globalisierung erfaßt werden.

Eines sollte klar sein: die Demokratie hat den Zweck, Ziele zu verwirklichen, die wir als Einzelne nicht verwirklichen können. Indessen kann die Demokratie diese Aufgabe nicht wahrnehmen, wenn die Wirtschaft die Politik zur Stärkung oder Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit benützt, oder wenn sie vorgibt, gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, denen sie in Wirklichkeit nicht gewachsen ist, und für die sie auch nicht zuständig ist. Unter solchen Bedingungen ist die Gesellschaft nicht imstande, das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialen Problemen auszugleichen, wie im Falle von unsicheren Arbeitsverhältnissen, zunehmender Ungleichheit und Änderungen des Klimas. Aus diesem Grunde triumphieren die Interessen der Konsumenten und Investoren fast immer über die Anliegen der Allgemeinheit.

Die große Mehrzahl der Menschen sind globale Konsumenten, und zumindest indirekt auch globale Investoren. Mit diesen Eigenschaften sollten wir uns um die bestmöglichen Lösungen bemühen. Auf diese Weise sind wir Teilnehmer an der globalen Marktwirtschaft. Allerdings hat dieser private Nutzen zumeist einen sozialpolitischen Preis. Und für jene Menschen, die in einer Demokratie leben, ist es besonders wichtig, sich immer im Klaren zu sein, daß wir es als Bürger in der Hand haben, den sozialpolitischen Preis zu verringern, und den richtigen Preis der von uns erworbenen Güter und Dienstleistungen so niedrig wie möglich zu halten. Diese großartige Leistung können wir nur dann erbringen, wenn wir unsere Aufgabe als Bürger ernst nehmen. Der erste und oft schwerste diesbezügliche Schritt ist das Erkennen der Zusammenhänge.

© *Foreign Policy, September/Oktober 2007*